



14. Dezember 2021

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Dringlichkeitsantrag gemäß § 11 der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Verstärkter Einsatz gegen Messerattacken in Hannover

Antrag zu beschließen:

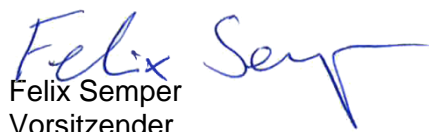
Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Schnellstmöglich Gespräche mit dem Land und den zuständigen Polizeibehörden mit dem Ziel zu führen, die Intensität der Bestreifung in den durch die letzten Messerattacken besonders betroffenen Bereichen der Innenstadt zu erhöhen.
2. Die Einrichtung einer Waffenverbotszone am Steintor vorzubereiten und deren Umsetzung in Abstimmung mit den Polizeibehörden einzuleiten.
3. Gespräche mit der zuständigen Polizeibehörde zu führen mit dem Ziel, eine mobile Polizeiwache am Marstall – wahlweise am Steintor – einzurichten.

Die zuständigen Ratsgremien sind zeitnah über das Ergebnis der Gespräche und etwaige Maßnahmen zu informieren.

Begründung:

Messerattacken mit schwer Verletzten haben nicht nur in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit an Häufigkeit in Hannover zugenommen. Dies dürfen wir nicht akzeptieren. Der Rechtsstaat muss hier alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Der Entstehung von „No-Go-Areas“ muss frühzeitig und mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden.


Felix Semper
Vorsitzender